

Einfache Anfrage Sarbach-Wil:**«Auswirkungen der geplanten Kürzungen beim Gebäudeprogramm des Bundes auf den Kanton St.Gallen**

Das Gebäudeprogramm des Bundes ist seit 2010 ein zentrales Instrument zur Förderung energetischer Gebäudesanierungen. Es wird wesentlich aus den Einnahmen der CO₂-Abgabe finanziert und von den Kantonen kofinanziert. Der Bundesrat plant nun im Rahmen eines Sparpakets, das nationale Gebäudeprogramm ab 2027 stark zu reduzieren, um jährlich rund 400 Mio. Franken einzusparen.

Fachleute und Kantone befürchten, dass diese Kürzungen die Sanierungsrate im Gebäudereich deutlich senken und damit die Erreichung der Klima- und Energieziele erheblich erschweren könnten. Gerade im Gebäudesektor besteht weiterhin ein grosses Reduktionspotenzial bei CO₂-Emissionen, das ohne ausreichende finanzielle Anreize ungenutzt bleiben könnte.

Für den Kanton St.Gallen hat das Gebäudeprogramm eine hohe Bedeutung: Es ist eng mit kantonalen Instrumenten wie dem Energieprogramm 2021–2030, der kantonalen Klimastrategie und den daraus abgeleiteten Förderprogrammen verknüpft. Eine deutliche Reduktion der Bundesmittel könnte nicht nur die Umsetzung dieser Programme gefährden, sondern auch die Planungssicherheit für Eigentümerinnen und Eigentümer sowie für die regionale Bauwirtschaft beeinträchtigen.

Neben der unmittelbaren Klimawirkung sind auch volkswirtschaftliche Aspekte zu beachten: Energetische Sanierungen schaffen Aufträge für das regionale Gewerbe und tragen zu Innovation und Beschäftigung bei. Wegfallende Investitionsanreize könnten daher negative Auswirkungen auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Kanton haben.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Mittel hat der Kanton St.Gallen in den letzten fünf Jahren aus dem Gebäudeprogramm des Bundes erhalten und welche finanziellen Einbussen wären bei Umsetzung der Sparpläne des Bundes ab 2027 zu erwarten?
2. Welche Auswirkungen hätten die Kürzungen auf die Sanierungsrate im Kanton sowie auf die Erreichung der kantonalen Klima- und Energieziele (inkl. Energieprogramm 2021–2030 und Klimastrategie)?
3. Prüft die Regierung Massnahmen, um die zu erwartenden Mindereinnahmen auszugleichen (z.B. zusätzliche kantonale Fördermittel, Anpassung der Förderprogramme)?
4. Welche Folgen erwartet die Regierung für Eigentümerinnen und Eigentümer, für Mieterinnen und Mieter sowie für die regionale Bau- und Gebäudetechnikbranche?
5. Plant die Regierung, sich auf nationaler Ebene gegen die geplanten Kürzungen einzusetzen?»

22. August 2025

Sarbach-Wil